Bürgerblatt Bodenwöhr

Bürgerliste Bodenwöhr

01/2021

Landschafts- und Naturschutzgebiete gerettet

Kein Bau einer Freiflächen-PV-Anlage in Neuenschwand

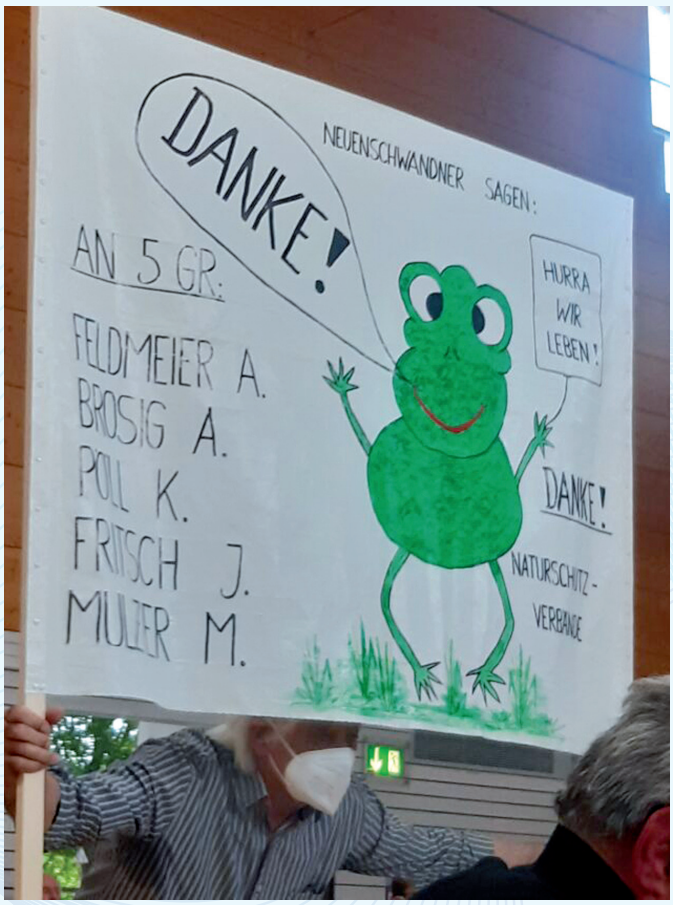
Die Bürgerliste Bodenwöhr konnte der Bevölkerung in Neuenschwand helfen, dass wertvolle Natur erhalten bleibt. Bürgermeister Georg Hoffmann setzte zuvor jede Menge Energie ein, um ein Landschaftsschutzgebiet und zwei angrenzende Naturschutzgebiete durch den Bau einer Freiflächen-Photovoltaikanlage zu zerstören.

Auf den Flurstücken Nr. 228 und 229 in Neuenschwand sollte ein Investor laut den damaligen Plänen eine Freiflächen-Photovoltaikanlage bauen dürfen. Diese sind jedoch Teil eines Landschafts- und Naturschutzgebiets, eingebettet in Biotope, in denen viele Vögel brüten und geschützte Tierarten leben.

In der Gemeinderatssitzung im März freute sich Hoffmann nach eigenem Bekunden über die zahlreichen Neuenschwander, die zur Sitzung gekommen waren und ihrem Unmut über die geplante Naturzerstörung in ihrem Ortsteil Luft machten.

Er erklärte diesen aber auch, dass der Investor das Recht habe, dort zu bauen. Daran, dass die Natur dort zerstört werden sollte, ließ er keinen Zweifel. Auf die Einwendungen der Bürger ging er gar nicht erst ein.

Sinngemäß sagte der Bürgermeister, wenn der Investor bauen wolle, dann werde gebaut. Mit Hilfe einer Pyramide beschrieb er den zeitlichen Ablauf, wie und wann das letzte Stück Natur erledigt sein würde.



Mit einem Transparent bedankten sich die Neuenschwandner um Sepp Dirmeyer bei den fünf Gemeinderäten, die ihnen geholfen hatten, den Bau der Freiflächen-Photovoltaikanlage in ihrem Ortsteil zu verhindern.

Die Fraktion der Bürgerliste Bodenwöhr sowie zwei weitere Gemeinderäte stimmten gegen die Zerstörung. Selbst das Landratsamt bezeichnete die wenig durchdachten Pläne des Bürgermeisters als „verbotene Handlung".

Ohne Sepp Dirmeyer und den entschlossenen Widerstand der Neuenschwander wäre es aber sicher schwer geworden, das Landschaftsidyll zu retten – denn die Mehrheit der Gemeinderäte folgte dem Bürgermeister. Doch Dirmeyer sammelte Unterschriften und gab dem Protest der Bürger Ausdruck.

Dirmeyer machte so die Behörden auf den Irrsinn aufmerksam, der sich in der Gemeinde Bodenwöhr abspielte. Schließlich untersagten mehrere Behörden Bürgermeister Hoffmanns Pläne.

Hoffmann ließ daraufhin in der Presse verbreiten, die Investoren hätten sich freiwillig zurückgezogen.

Taxöldern: Spielplatz als „Seele

Bürgerliste stellte Variante der Zufahrt zum Baugebiet vor – wütender

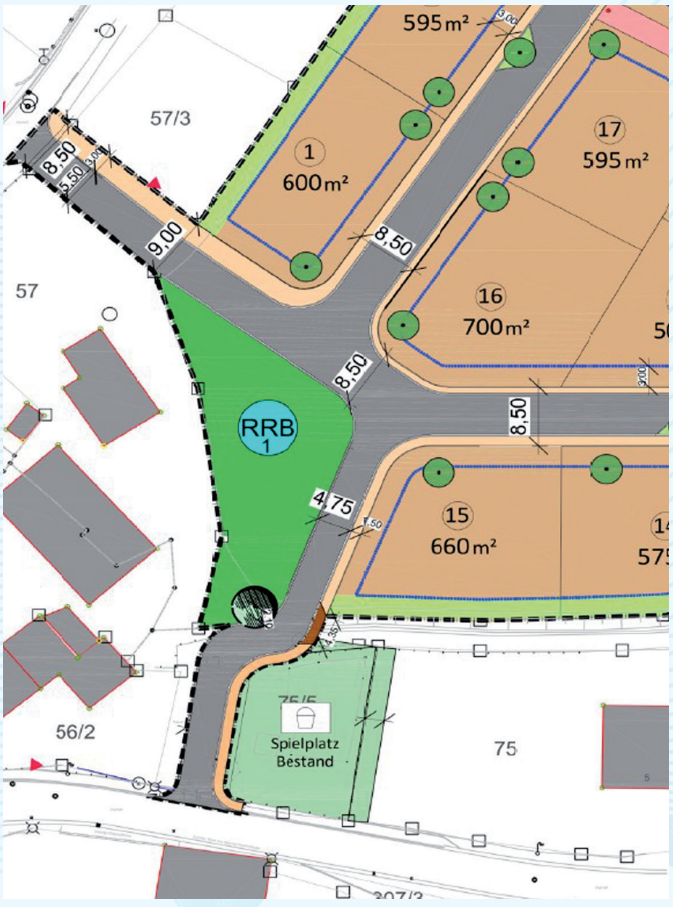
Das dringend benötigte Baugebiet in Taxöldern hat zwei Zufahrten. Beide stellen jedoch keine optimale Lösung dar. Geopfert wird, wenn es nach Bürgermeister Hoffmann geht, ein Stück Naturschutzgebiet. Die Bürgerliste präsentierte eine Alternativ-Variante und schlug vor, ein Stimmungsbild aus der Bevölkerung zum Thema einzuholen.

Zwei Varianten der Zufahrt von der Pingartener Straße stehen zur Debatte. Geopfert wird, wenn es nach Bürgermeister Hoffmann geht, ein Stück Naturschutzgebiet, und dazu – wir werden es erleben, auch wenn es jetzt noch anders dargestellt wird – der Spielplatz, die „Seele von Taxöldern".

Wir von der Bürgerliste sind der Meinung: Man sollte die Taxölderner entscheiden lassen, welche Variante sie möchten. Denn sie müssen mit dem Ergebnis der Entscheidung später zurechtkommen. Die Bundestagswahl wäre eine optimale Gelegenheit gewesen, um ein Stimmungsbild aus der Bevölkerung einzuholen.

Bürgerlisten-Variante

Vorteile
Der charakteristische Lindenbaum, der sich derzeit im Spielplatz befindet, muss bei der von uns bevorzugten Variante nicht gefällt werden. Auch der Nussbaum, ein Naturdenkmal, kann integriert werden.



In der Variante des Bürgermeisters zwingt eine relativ enge Zufahrt zum Baugebiet Taxöldern die Verkehrsteilnehmer dazu, langsamer zu fahren.

Der Vorschlag der Bürgerliste für die Zufahrt zum Taxölderner Baugebiet hat viele Vorteile – vom Erhalt alter Bäume über den Schutz der spielenden Kinder vor dem Straßenverkehr bis hin zur Durchfahrtsbreite der Zufahrtsstraße.

Der Spielplatz mit einer Fläche von derzeit etwa 490 Quadratmetern würde außerdem um rund 100 Quadratmeter größer. Der Ausgang des Spielplatzes wäre auf der Seite, die dem Straßenverkehr abgewandt ist.

Die Straße selbst hätte eine komfortable Zufahrtsbreite von etwa acht Metern. Vermutlich wäre die Ausfahrt aus dem Baugebiet zudem übersichtlicher.

Nachteile
Die Straße würde auf einer Länge von rund 25 Metern gerade und leicht abschüssig am Spielplatz vorbeilaufen. Einige Gemeinderäte befürchten, dass Verkehrsteilnehmer dadurch an dieser Stelle zu schnell fahren könnten. Allerdings würde der Ausgang des Spielplatzes nicht auf die Straße münden, wie es beim Vorschlag des Bürgermeisters der Fall ist.

Bürgermeister-Variante

Vorteil
Durch eine relativ enge Zufahrt zum Baugebiet sind die Verkehrsteilnehmer im Bereich des Spielplatzes zum langsamen Fahren gezwungen.

Nachteile
Die Schatten spendende Linde im Spielplatz würde dem Straßenverlauf zum Opfer fallen. Der Spielplatz selbst wird laut dieser Variante etwa 50 Quadratmeter kleiner sein als bisher. Die Fläche kann sich aber durch einen Grundstückszukauf noch vergrößern oder durch die Änderung zu einem S-förmigen

des Ortes“ ist in Gefahr

Walter Spirk sorgt für Aha-Erlebnis – Bewohner sollten befragt werden

Straßenverlauf weiter verringern. Der Ausgang des Spielplatzes würde außerdem direkt zur Straße hin führen.

Das Ingenieurbüro teilte in der Gemeinderatssitzung mit, dass während der Bauphase einige Spielgeräte abgebaut werden müssen, sollte diese Variante zum Zug kommen. Das wäre notwendig, damit große Baufahrzeuge durchfahren können. Der Spielplatz ist an drei Seiten von der Straße umgeben. Die Zufahrtsstraße zum Baugebiet wäre nur 4,75 Meter breit.

Große Wut über Vorschlag

Bürgermeister Georg Hoffmann und sein Fraktionsvorsitzender Walter Spirk reagierten in der Gemeinderatssitzung am 27. Mai 2021 so wütend auf den Vorschlag der Bürgerliste, dass das sogar eine Erwähnung in der Zeitung wert war.

Die anwesenden Bürger konnten sich zunächst nicht erklären, was der Grund für die Aufregung war. Schließlich war es nur ein Vorschlag von vielen in einem Abwägungsverfahren – eigentlich ein ganz normaler Vorgang. Das große „Aha“ sollte am Ende kommen.

Walter Spirk bezeichnete Alois Feldmeier als einen Blinden, der sich eine Brille kaufen solle, und den Vorschlag der Bürgerliste als Unverschämtheit. In ähnlichem Jargon meinten sich auch der Bürgermeister und der dritte Bürgermeister Andreas Seitz äußern zu müssen.

Einzelner Bürger begünstigt

Dann ließ Spirk die Katze aus dem Sack. Er meinte, dass beim Vorschlag der Bürgerliste ein wohlverdienter Bürger und Anlieger, dessen Namen er sogar nannte, an den Erschließungskosten beteiligt werden müsse.

Dies mag richtig sein. Richtig ist aber auch, dass bei der Bürgermeister-Variante möglicherweise andere – scheinbar weniger verdiente – Bürger Erschließungsgebühren bezahlen müssen.

Spielen und Toben wie hier auf unserem Symbolbild soll auf dem Taxölderner Spielplatz weiter möglich sein.

Nach unserer Ansicht geht es darum, die beste Lösung für alle zu finden und nicht einzelne Bürger zu bevorzugen oder zu benachteiligen.

Schwierige Zufahrt

Auf Nachfrage eines Gemeinderatsmitglieds, wie denn schwere Baufahrzeuge die schmale Straße am Spielplatz passieren könnten, meinte das Ingenieurbüro, es könnte sein, dass für diesen Zeitraum einzelne Spielgeräte abgebaut oder versetzt werden müssten. Ob mit „Bauphase“ die Zeit gemeint ist, die für die Tiefbaumaßnahmen notwendig ist, oder die Zeit, in der Häuser gebaut werden – schließlich kommen auch hier große Baumaschinen zum Einsatz – blieb offen. Fertighausfirmen wie Fischerhaus aus Bodenwöhr hätten wahrscheinlich Schwierigkeiten, das Baugebiet zu erreichen.

Letztendlich stimmten alle anderen Fraktionen gegen den Vorschlag der Bürgerliste.

Fraktionssprecher Alois Feldmeier sagte, er verstehe die Aufregung und Nervosität der CSU nicht. Jeder könne doch so abstimmen, wie er es für richtig halte. Man könne gerne dem Vorschlag des Bürgermeisters folgen, wenn mancher darin mehr Vorteile sehe.

Die Bürgerliste sehe jedoch mehrere Vorteile im eigenen Entwurf, da mit diesem Vorschlag der Spielplatz als „Seele des Dorfes“ in jedem Fall gesichert sei.

Im Übrigen bestehe die Möglichkeit, die Bürger in Taxöldern im Rahmen der Bundestagswahl zu befragen, was sie gerne hätten.

Luxusschreibtische für Bürgermeister

Rechnungsprüfung zeigte enorme Ausgaben auf

Es ist nichts Neues, dass die Gemeinde Bodenwöhr schon immer knapp bei Kasse war. Mit viel Mühe konnten wir in den letzten Jahren unsere Haushaltspläne schreiben – oft mehr schlecht als recht.

Schwierige Gemeindefinanzen
Im Abstand von zwei bis drei Jahren mussten wir immer wieder Tafelsilber veräußern, zudem millionenschwere Projekte vor sich.

4000 Euro für Schreibtische
Was überhaupt nicht ins Bild passt, ist die Tatsache, dass sich unser Bürgermeister zwei neue Schreibtische in Eiche massiv für insgesamt mehr als 4.000 Euro gönnt. Wer nach „Chefschreibtisch“ googelt – die Möbelstücke wurden bei

Die finanzielle Situation der Gemeinde Bodenwöhr war noch nie einfach, millionenschwere Projekte sind in den nächsten Jahren zu stemmen. Nichtsdestotrotz gönnte sich Bürgermeister Hoffmann zwei Schreibtische der absoluten Extraklasse.
Bild: GG-Berlin / pixelio.de

um den Haushalt zu decken. Dies gelang ein letztes Mal mit der Verkauf des Baugebietes Birkerl. Doch jetzt haben wir nichts mehr zu verkaufen.

BLB: Kosten sollen gedeckt sein
Die Bürgerliste schlug schon vor zwei Jahren vor, den Haushalt und die Finanzen der Gemeinde so zu gestalten, dass sich die Ausgaben und die Einnahmen decken.

Doch ein grundsätzliches Überdenken und Neuausrichten der Finanzen will der Bürgermeister nicht. Dass COVID-19 auch an der Gemeinde nicht spurlos vorüberziehen wird, darf angenommen werden. Mit Wasser, Kanal, Schule, Ortskern und Ähnlichem hat die Gemeinde otto.de bestellt – und versucht, einen Schreibtisch für 2.000 Euro zu finden, wird feststellen, dass dies gar nicht so einfach ist. Für das halbe Geld ist absolute Spitzenqualität zu bekommen.

Warum Hoffmann gleich zwei Tische braucht und noch dazu derart teure, ist eine Frage, die man sich stellen darf.

„Repräsentative Zwecke“
Ein CSU-Gefolgsmann meinte, dass der Bürgermeister schließlich repräsentieren müsse. Richtig ist, dass der Bürgermeister über die Mittel verfügen darf. Ob es notwendig ist, diese Frage dürfte mit einen Blick in die Gemeindekasse leicht zu beantworten sein.

Inventarliste fehlt nach wie vor

Vor einem Jahr angefordert – nichts passiert

Eine Inventarliste, die vom Rechnungsprüfungsausschuss schon vor einem Jahr gefordert und von Bürgermeister Hoffmann zugesagt wurde, konnte immer noch nicht vorgelegt werden. Wir wissen nicht, was der Bauhof an Werkzeugen und an Material hat. Wir wissen nicht, wozu das Material verwendet wird, wo es eingebaut wird usw. Wir kaufen Werkzeuge und Maschinen und wissen kurze Zeit später schon nicht mehr, was daraus geworden ist.

Das Hammerblatt – schön und teuer

Bürgermeister segnet seltsame Rechnungen ab

Da staunte der Rechnungsprüfungsausschuss: Dieses Blatt, das Sie momentan lesen, kostet bei einer Auflage von 2.500 Stück inklusive Verteilung ca. 2.500 Euro.

Das „Hammerblatt“, dass ebenfalls in dieser Auflagenstärke erscheint, liegt im Durchschnitt bei 6.300 Euro pro Ausgabe plus rund 200 Euro für die Verteilung, also insgesamt etwa 6.500 Euro. Bei vier Ausgaben sprechen wir von 26.000 Euro pro Jahr. Unterschiede in der Papierqualität erkennen wir dabei durchaus an.

Wie sich die einzelnen Kosten zusammensetzen, konnte der Rechnungsprüfungsausschuss nicht in Erfahrung bringen. Die Rechnung wurde von einer Firma mit einem Phantasienamen ausgestellt; wer wirklich hinter der Rechnung steht, ist nicht erkennbar. Wer immer es ist, er oder sie kennt die eigene Postleitzahl nicht. Als Rechnungsnummer wird das Datum verwendet.

Bürgermeister Hoffmann selbst hat für die Rechnungen die Rechnungskontrolle vorgenommen und die Beträge zur Auszahlung angewiesen. Die graphischen Grundkosten in Höhe von 1.500 Euro werden jedes Mal erneut berechnet. Ob die enormen Kosten durch die Geschichten und Texte entstehen, ist aus den Rechnungen nicht ersichtlich.

Die Texte sind wohl schön zu lesen und werden von der gleichen Autorin verfasst, die meist auch für die Mittelbayerische aus den Gemeinderatssitzungen berichtet.

Einen Gemeinderatsbeschluss zum Hammerblatt gibt es nicht. Um den Gemeinderat nicht fragen zu müssen und auch kein Vergleichsangebot einzuholen zu müssen, teilt der Bürgermeister dem Rechnungsprüfungsausschuss mit, „jede Ausgabe wird vom Bürgermeister separat in Auftrag gegeben“ und überschreitet nicht die Ausgabengrenze, über die der Bürgermeister verfügen könne.

Weihnachtsmarkt der Hoffmanns

Eine Privatveranstaltung des Bürgermeisters

Bürgermeister Georg Hoffmann und seine Tochter Carina organisierten den Weihnachtsmarkt. An sich war der Markt schön und eine Bereicherung für Bodenwöhr. Allerdings war er auch eine Privatveranstaltung des Bürgermeisters, wie im Internet und in Zeitungsartikeln zu lesen war.

Als privater Veranstalter hat der Bürgermeister das Recht, nur diejenigen als Anbieter für den Markt zuzulassen, die er für richtig hält. Davon machte er ausgiebig Gebrauch: Er ließ nur ausgesuchte Teilnehmer zu und verweigerte nach Gutdünken anderen Bodenwöhrern, etwas zum Gelingen des Markts beizutragen.

Für diese Privatveranstaltung schaltete Hofmann Werbung auf Facebook für insgesamt 1.779 Euro – auf Kosten der Gemeinde. Er rechtfertigte die Ausgabe damit, dass es sich um eine Bodenwöhrer Veranstaltung handele und auch noch andere Veranstaltungen beworben worden seien. Dies war aber auf der Rechnung nicht erkennbar. Seine Aussage ist zumindest zum Teil falsch.

Teuerer Wachdienst in Blechhammer

Bürgermeister vergab Auftrag im Alleingang

Um das Wachgebäude am Badeplatz in Blechhammer während der Badesaison 2020 betreiben zu können, hat Bürgermeister Hoffmann die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) beauftragt. Diese leistete im Sommer 2020 14 Wachtage.

Pro Wachtag fielen Kosten von 120 Euro inklusive Fahrtkosten an. Hätte die Wasserwacht den Betrieb übernommen, wären lediglich 20 Euro angefallen. Der Bürgermeister handelte ohne Wissen des Gemeinderats.

Am Donnerstag, dem 17. Juli 2020 um 21:17 Uhr wurde der Gemeinderat per E-Mail darüber informiert, dass der Vertrag mit der DLRG geschlossen worden sei und diese sich am nächsten Tag bei der Einweihungsfeier vorstellen würde.

Baden im Hammersee ist ein Spaß für Groß und Klein. Dabei ist die Sicherheit sehr wichtig. Doch im Fall des Wachdiestes am Badeplatz in Blechhammer hat Bürgermeister Hoffmann diese teuer erkauft.

Fäkalien im See: Nichts geht vorwärts

Hoffmann sieht Problem „nicht so dramatisch“

Nach stärkeren Regenfällen werden regelmäßig mehrmals pro Jahr Fäkalien in den Hammersee geschwemmt. Grund dafür ist die mangelnde Kanalkapazität.

Der Kanal im See ist immer noch ein ungelöstes Problem. Bereits 2018 hat die Bürgerliste die mangelnde Kanalkapazität im gesamten Seebereich angemahnt und auf die mehrmals im Jahr auftretende Verunreinigung bei stärkeren Regenfällen hingewiesen. Seitdem ist nichts passiert.

Zweckverband verantwortlich

Fakt ist, dass es verboten ist, Fäkalien in ein Gewässer gelangen zu lassen. Der Markt Bruck und die Stadt Nittenau betreiben zusammen mit der Gemeinde Bodenwöhr das Kanalnetz in den drei Kommunen als Zweckverband und sind somit für die Verunreinigung verantwortlich. Bürgermeister Georg Hoffmann hat bei seinem Amtsantritt im Februar 2019 alle Freiheiten vom alten Gemeinderat erhalten, um entsprechend Druck auf die beiden Kommunen auszuüben.

Es mag ja sein, dass bei den Zweckverbandsmitgliedern wenig Interesse besteht, freiwillig zu reagieren. Auch der Bürgermeister sieht das Problem nicht so dramatisch, so seine Aussage in der Zeitung am 14. Juli 2021, weil die Fäkalien sehr verdünnt im See ankämen. Das wird man in Bruck und Nittenau bestimmt auch gelesen haben.

Kämen solche Argumente aus den Nachbargemeinden, dann würde man dies als unangemessen und fern jeder Realität bezeichnen. Stattdessen spricht Hoffmann in der Mittelbayerischen Zeitung vom 2. September 2021 eine „oberflächenwasserfreundliche Bewirtschaftung der Felder“ an. Ob er damit die Bauern meint, wissen wir nicht.

See als touristisches Kapital

Das touristische Kapital der Gemeinde Bodenwöhr ist der See. Es mag sein, dass diese Einspülungen nicht gesundheitsgefährdend sind. Ob das die Urlauber auch so locker sehen, ist fraglich.

Was auffällt, ist ein zeitlicher Zusammenhang zwischen Starkregenereignissen und darauf folgender Algenblüte. Scheinbar sind die Fäkalien ein guter Nährboden für Algen.

Solarkonzept für Bodenwöhr:

Solarenergie ist eine gute Möglichkeit, saubere Energie zu gewinnen. Doch

Nachdem Bürgermeister Georg Hoffmann in der Frage der Freiflächen-Photovoltaikanlage eine erhebliche Schlappe durch die wehrhaften Neuenschwandner erlebt hat, gab er ohne Zustimmung des Gemeinderats ein Gutachten über geeignete Flächen im Gemeindegebiet in Auftrag – für 7.700 Euro. Während die Nachbarkommunen Neunburg und Bruck schon lange öffentlich einen Stopp hinsichtlich Freiflächen-PV-Anlagen verkündet haben, scheint Hoffmann zu glauben, er müsse einen Wettlauf gewinnen.

Mit dem Gutachten sollte festgestellt werden, wo in der Gemeinde brauchbare Flächen für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage liegen. Dabei wurden viele Parameter einbezogen. Nur den Parameter „Bewohner" hat man nicht berücksichtigt.

Bürger als Störfaktor?

Die drei Gemeinderäte der Bürgerliste waren der Ansicht, dass die Gemeinde die Bevölkerung fragen sollte, bevor sie sie mit Photovoltaik umzingelt. Ingenieurbüro und Bürgermeister waren der Meinung, es sei der falsche Weg, die Bevölkerung zu fragen, denn „dies würde zu unschönen Diskussionen führen", wie von Seiten des Ingenieurbüros zu hören war. Dieser Meinung schlossen sich fast alle anderen Gemeinderäte an.

Der überschaubare Erkenntnisgewinn aus dem Gutachten war, dass die meisten für eine Photovoltaikanlage geeigneten Flächen in Altenschwand und vor allem in Warmersdorf lägen. Weitergehende Fragen einiger Gemeinderäte konnten nicht beantwortet werden, da dies nicht im Budget von 7.700 Euro enthalten sei, so das Ingenieurbüro.

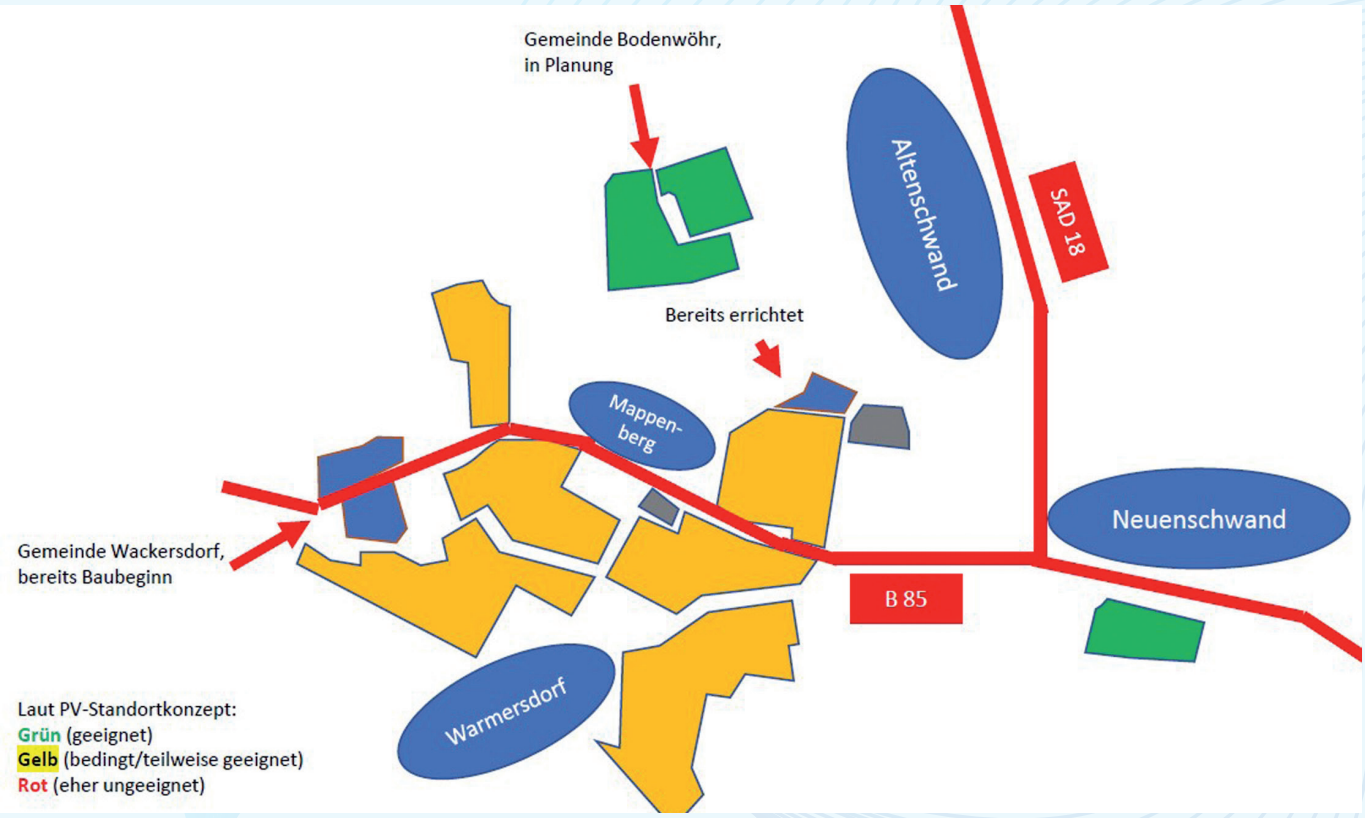
„Indirekte" Versiegelung

Die letzten Wetterereignisse lassen erahnen, was passiert, wenn ungezügelt Landschaften „indirekt" mit Photovoltaik versiegelt werden.

Die Investoren reden das Risiko selbstverständlich klein. Zur versiegelten Fläche zählen sie lediglich die Pfosten, die in den Boden geschlagen werden, um die Module aufzuständern.

Das ist in der Theorie richtig. Allerdings bilden sich auf den Modulen – ähnlich wie bei einem Dach ohne Regenrinne – Regenmengen, die dann gesammelt auf dem Boden auftreffen. Durch die schlechtere Versickerung können sich aus diesem Regenwasser Sturzbäche bilden.

Die Ausrichtung der Module spielt dabei eine große Rolle. Sind die Module zum Hang hin ausgerichtet, versickert unter ihnen so gut wie kein Regenwasser mehr. Das begünstigt



Die meisten Flächen in der Gemeinde Bodenwöhr, die für eine Freiflächen-Photovoltaikanlage geeignet sind, liegen laut Gutachten in Altenschwand und vor allem in Warmersdorf.

Erst nachdenken, dann bauen

wer zahlt, wenn die Anlagen in 25 Jahren entsorgt werden müssen?

Investoren geben lediglich die Pfosten als versiegelte Flächen an, auf denen die Freiflächen-Photovoltaikanlagen aufgeständert sind. Doch in der Praxis können sich wegen der schlechteren Versickerung von Regenwasser Sturzbäche bilden.

die Sturzbachbildung enorm. Das führt wiederum dazu, dass die Bewohner betroffener Siedlungen in gefährdeten Lagen ihr Hab und Gut nicht mehr gegen Starkregenereignisse, sprich Elementarschäden, versichern können.

Wer trägt die Folgekosten?

Die meisten Leute dürften Photovoltaikanlagen als gute, saubere Energieform betrachten. Auch wir von der Bürgerliste sehen das so. Bereits jetzt kann die Gemeinde Bodenwöhr den Stromverbrauch für alle Haushalte in der Kommune nahezu selbst decken. Die größten geplanten Anlagen, von denen jede einzelne allein fast ganz Bodenwöhr versorgen könnte, sind hier noch gar nicht mitgerechnet.

Was passiert aber, wenn die Anlagen in 25 bis 30 Jahren vom Netz gehen?

Seit eineinhalb Jahren versucht die Bürgerliste, den Bürgermeister für dieses Problem zu sensibilisieren. Mit mäßigem Erfolg.

Rückbau in Satzung regeln

Eine Lösung könnte so aussehen: Eine Kommune kann eine Satzung erlassen, in der geregelt wird, was zu beachten ist, wenn im Gemeindegebiet jemand eine Photovoltaikanlage bauen möchte. In dieser Satzung könnte zum Beispiel stehen, dass schon beim Bau der Anlage eine Rückbaubürgschaft notwendig ist.

Wir haben für die Gemeinde Bodenwöhr zumindest erreicht, dass man stärker darauf achten will, ob zwischen Grundstücksbesitzer und Investor eine Rückbaubürgschaft vereinbart wird. Künftig wird in diesen Fällen das Landratsamt entscheiden. Der Gemeinderat hat sich damit selbst entrechtet.

Ohne Strom geht heute fast nichts mehr. Bereits jetzt kann die Gemeinde Bodenwöhr den Stromverbrauch für alle Haushalte in der Kommune nahezu selbst decken. Die größten geplanten Anlagen, von denen jede einzelne allein fast ganz Bodenwöhr versorgen könnte, sind dabei noch nicht mitgerechnet.

Mehr Anlagen auf Betriebsgebäuden und Hallen – wäre das nicht die Lösung? Vielleicht. Wenn eine Firma ihr Betriebsgebäude für eine Photovoltaikanlage zur Verfügung stellt, dann lässt sie sich den Rückbau im Regelfall vertraglich zusichern. Finanzschwache Projektgesellschaften haben da keine Chance.

Vielen Betreibern von Photovoltaikanlagen ist heute schon klar, dass sie sich vor diesen enormen Rückbaukosten nur dadurch schützen können, dass sie Projektgesellschaften mit der Rechtsform einer GmbH & Co. KG gründen. Jede Anlage wird dann als eigene Firma geführt.

Diese werden wiederum von wechselnden Verwaltungs-GmbHs mit Phantasienamen wie Greenfoot, Ökoclean und Nightbridge geführt, die als Geschäftsführer fungieren und teilweise in Großbritannien ansässig sind. Die GmbHs haben kaum Personal und sind derart klein, dass ihre Zahlen nicht veröffentlicht werden müssen.

Verschachtelte Strukturen

Kurz gesagt: Verschachtelte Firmenkonstruktionen, bei denen die Verantwortlichkeiten wechseln, sind die Lösung für die Betreiber. Im Falle einer Insolvenz ist wenig bis nichts zu holen. Es ist üblich, dass drei bis vier Personen mehr als 50 Mini-GmbHs und GmbH & Co. KGs ihr Eigen nennen.

Viele Banken sind gerne bereit, die Finanzierung der Anlagen zu 100 Prozent zu übernehmen, da sich die Kosten nach 20 Jahren amortisiert haben. Die Einnahmen der Stromkonzerne sind sicher.

Wer bezahlt den Abbau?

Zuerst werden die gutgläubigen Grundstückseigentümer betroffen sein. Letztendlich sind es aber die Kommunen, denen alles auf die Füße fällt. Wertvoller Ackerboden ist für immer verloren oder nur aufwendig zu sanieren. Anlagen werden in der Landschaft stehen, und niemand kann und will das Geld für ihren Abbau und die Entsorgung aufbringen. Wenige machen das große Geld. Die Kosten bezahlt der Bürger.

Eigentlich eine Milchmädchenrechnung – sollte man meinen. Auf einer Anlagenfläche von zehn Hektar stehen ungefähr 80.000 Quadratmeter Modulfläche. Pro Hektar bekommt der Grundstücksbesitzer rund 2.500 Euro im Jahr. Innerhalb von 25 Jahren sind das rund 625.000 Euro vor Steuern.

Diese Module müssen nun nach 25 Jahren wieder abgebaut werden. Geht man von aktuellen Abbaukosten ohne Entsorgung in Höhe von 20 Euro pro Quadratmeter aus, sind das in Summe 1,6 Millionen Euro. Es wird doch niemand ernsthaft annehmen, dass die jetzigen Investoren ohne Not dieses Geld auf den Tisch legen. Zumal bis dahin sowohl Preissteigerungen als auch andere Unwägbarkeiten noch höhere Kosten ergeben werden.

Keine Vertragsverlängerung

Oft wird das Argument ins Feld geführt, dass es auch Anlagen gibt, die 40 Jahre oder mehr laufen werden. Es stellt sich weniger die Frage, ob die Anlagen nach dieser Zeit noch leistungsfähig sind, sondern ob die Konzerne weiterhin den Strom abnehmen, wenn der Vertrag ausgelaufen ist. Man muss bereits heute feststellen, dass die Stromkonzerne ihre Vereinbarungen mit Hausbesitzern, deren erste Verträge bereits 25 Jahre laufen, nicht mehr verlängern. In 25 Jahren wird es andere Energiesysteme geben. Freiflächen-Photovoltaikanlagen sind nur eine Zwischentechnologie.

Was kann man dagegen tun?

Das Problem ist nicht neu. Rückbaubürgschaften sind notwendig. Eine Gemeinde oder der Grundstücksbesitzer selbst sollte unbedingt eine Rückbaubürgschaft verlangen. Damit sichert sich der Grundstücksbesitzer und auch die Kommune ab, um einen geordneten Rückbau zu garantieren.

Bei Banken und Versicherungen, die Bürgschaften für einen geordneten Rückbau ausstel-

len sollen, herrscht absolute Alarmbereitschaft. Ein Abteilungsleiter eines der größten Bürgschaftsgeber Deutschlands sagt: „Diese Geschäftsmodelle sind eine Einladung zur Insolvenz."

Hohe Sicherheiten nötig
Somit können wir bereits heute absehen, was in 25 Jahren passieren wird – ohne hohe Sicherheiten geht da wenig. Diese hohen Sicherheiten werden nur wirklich finanzstarke Investoren stemmen können. Solche, die wirklich die Absicht haben, einen geordneten Rückbau sicherzustellen.

Obwohl die Investoren bei einem Vor-Ort-Termin dem Bürgermeister und den anwesenden zehn Gemeinderäten zwischen den Zeilen eindeutig erzählt haben, wie das Geschäftsmodell funktioniert, sieht man im Rathaus wenig Handlungsbedarf. Enorme Kosten werden entstehen, was den Abbau der Anlagen betrifft.

Dickes Minus möglich
Den Betreibern ist bewusst, dass für den Rückbau ein erheblicher Teil des Gewinns verloren geht. Sollten die Photovoltaik-Module bis dahin möglicherweise als Sondermüll eingestuft werden, würde die Entsorgung den Gewinn der Betreiber und der Grundstücksbesitzer nicht nur auffressen, sondern es stünde gar ein dickes Minus vor dem Ergebnis.

Wir sagen es gerne nochmal: Wir von der Bürgerliste sind für Photovoltaik und saubere Energie. Aber das bedeutet nicht, dass man einfach „loswurschtelt" – an der Bevölkerung vorbei und ohne an die Folgen zu denken.

Mit Aussagen des Bürgermeisters, dass die Investoren so nett sind, aber keine Bürgschaften mögen, lassen sich die Interessen der Bürger gegenüber ausgebufften Profis schlecht vertreten.

Es geht auch anders!
Aus den Erlösen der vor einigen Jahren noch mit Bürgerbeteiligung entstandenen Anlagen fließt jeden Monat Geld in einen Topf, der dazu dienen wird, das Grundstück nach Ende der Nutzung wieder in den Zustand zurückzuversetzen, in dem es übernommen wurde. Die Teilhaber haften mit ihrem Privatvermögen für einen geordneten Rückbau.

Hat die große Politik über das Thema Photovoltaik noch nicht nachgedacht? Der eine oder andere mag sich vielleicht die Frage stellen, ob sich die Landespolitik des Problems mit dem Rückbau und den Projektgesellschaften nicht bewusst ist. Das ist sie sehr wohl. Vor allem der Landesregierung darf zielgerichtetes Handeln attestiert werden.

Politisch motiviertes Handeln
Söder braucht soviel grünen Strom wie möglich, um die Grünen politisch überflüssig zu machen. Daher lautet sein Credo: einfache Planungsverfahren, keine Fragen nach weiteren Risiken, keine Anforderungen an die finanzielle Stärke. In 25 Jahren ist keiner der heutigen Politiker mehr in der Regierung, der sich für die Entscheidungen von heute verantworten müsste.

Jeder, der möchte, kann eine Photovoltaikanlage bauen, da das komplette Projekt zu 100 Prozent über einen Kredit finanziert werden kann. Stünde die Rückbauproblematik stärker im Fokus, könnten nur finanzstarke Investoren solche Anlagen bauen.

Stromkonzerne als Gewinner
Die Stromkonzerne könnten dann wohl auch nicht mehr Strom für fünf Cent pro Kilowattstunde einkaufen, um ihn für den fünf- bis sechsfachen Preis an die Bürger weiterzuverkaufen. Das ist rentabler als jedes Kernkraftwerk, da mit den Photovoltaikanlagen keinerlei Kosten für den Betrieb eines Kraftwerks anfallen.

Die Grünen, die für nachhaltigen ökologischen Landbau plädieren, sind in ihrer eigenen Argumentation gefangen. Einerseits plädieren sie für Solarenergie und Klimaschutz, auf der anderen Seite wird durch die Umsetzung dieser Ziele Ackerland zerstört. Kartoffeln kommen zukünftig wahrscheinlich aus China und Brasilien, wo Wälder abgeholzt werden, um landwirtschaftliche Flächen zu gewinnen.

Warum werden nicht mehr Anlagen auf Betriebsgebäuden, Hallen und anderen Bauten installiert? Die Frage ist leicht zu beantworten. Wenn eine Firma ihr Betriebsgebäude für eine Photovoltaikanlage zur Verfügung stellt, dann lässt sie sich den Rückbau im Regelfall vertraglich zusichern. Finanzschwache Projektgesellschaften kommen da gar nicht erst auf's Dach.

Schuld sind wir letzten Endes selbst. Wenn über Solarstrom diskutiert wird, kommen gebetsmühlenartig Argumente wie „Wenn wir die Energiewende schaffen wollen, müssen wir..." Jeder ist für Solarenergie, nur bitte nicht vor der eigenen Haustür.

Wir von der Bürgerliste sagen:
Photovoltaik – ja!
Windenergie – ja!
Aber erst überlegen, wie und wo!

Das wird teuer: Müssen Freiflächen-Photovoltaikanlagen am Ende ihrer Lebensdauer entsorgt werden, besteht die Gefahr, dass die Kosten dafür an den Gemeinden und somit letztlich an den Bürgern hängenbleiben. Nur eine Rückbaubürgschaft der Investoren kann Kommunen und ihre Bewohner dagegen absichern. Auch in Bodenwöhr ist das dringend notwendig, um unklakulierbare finanzielle Risiken zu vermeiden.

Neues Baugebiet „Birkerl“ könnte Verkehrsproblem bringen

Siedlungsstraßen könnten ungewollt zu Durchfahrtsstraßen in Richtung Schwandorf werden

Das Baugebiet Ludwigsheide – das sogenannte Birkerl – wird bestimmt ein schönes Baugebiet. Die hervorragende Lage brachte einen warmen Geldsegen in die Haushaltskasse. Die Gemeinderäte der Bürgerliste sind allerdings nicht mit dem Zufahrtsweg zufrieden.

Wer von der Ludwigsheide Richtung Schwandorf fahren und den weiteren Weg durch die Ortsmitte vermeiden möchte, hat durch die künftige Straßenführung die Möglichkeit, über die Fichtenstraße oder am Kindergarten vorbei abzukürzen. Einige Siedlungsstraßen werden so möglicherweise zu Durchgangsstraßen. Das war zu Beginn vom Gemeinderat anders gewollt.

Die Bürgerliste hat dies angemahnt. Alle anderen Gemeinderäte folgten dem Vorschlag des Bürgermeisters.

Rückblick auf das letzte Jahr: Bürgermeister steht schwer in der Kritik

Hoffmann schleust Themen am Gemeinderat vorbei, streitet mit Bürgern und gibt zu viel Geld aus

In der Rückschau auf das letzte Jahr ist festzustellen, dass Bürgermeister Georg Hoffmann versucht, viele Themen und Entscheidungen am Gemeinderat vorbeizuschleusen. Die Verlockung, etwas Neues präsentieren zu können, ist größer als das Gebot der Vernunft, die Dinge zu Ende zu denken.

Der Bürgermeister findet auch meist die eine Stimme, die ihm zur Mehrheit fehlt. Erst an den Behörden oder an engagierten Bürgern scheitern die meist unüberlegten Aktionen.

Gemeinderat muss korrigieren

Nachdem irgendwann dann doch alle Fakten auf dem Tisch liegen, mus der Gemeinderat die Dinge häufig in geschlossenen Sitzungen mit viel Nachsicht und stundenlangen Bemühungen wieder zurechtrücken. Sitzungen, die bis weit nach 22 Uhr dauern, sind die Regel. Es kann auch mal von 18 Uhr bis kurz vor Mitternacht gehen.

Konflikte mit Bürgern

Durch die unüberlegten Handlungen werden Kräfte in der Verwaltung und am Bauhof gebunden. Der Bürgermeister lässt sich in seinem Tatendrang erst dadurch stoppen, dass Bürger mit ihren Rechtsanwälten vorstellig werden und übergeordnete Behörden Verbote aussprechen. Die Auseinandersetzungen mit Bürgern nehmen immer weiter zu. Das alles verursacht unnötigen Aufwand, der letztlich im Papierkorb landet.

Ob diese Arbeitsweise des Bürgermeisters mit der Personalsituation im Rathaus zu tun hat, können wir nicht beurteilen, allerdings ist diese sehr besorgniserregend.

Das Geld zusammenhalten: So macht es die tüchtige schwäbische Hausfrau, so würde es auch der immer wieder in Geldnöte geratenden Gemeinde Bodenwöhr gut zu Gesicht stehen. Doch das finanzielle Gebaren des Bürgermeisters erinnert eher an den Stil eines Sonnenkönigs.

Persönliche Angriffe

Wir von der Bürgerliste würden uns wünschen, dass Bürgermeister Hoffmann die vielfachen persönlichen Angriffe eines Andreas Seitz und eines Walter Spirk in den Gemeinderatssitzungen unterbindet und auch selbst unterlässt.

Hoher Geldverbrauch

Auch das Handeln des Bürgermeisters in Bezug auf Geld ist dringend verbesserungswürdig. Betrachtet man die Geldbeträge, die Georg Hoffmann für sich und die falsch verstandene Würde seines Amtes verbraucht, entspricht das eher dem Stil eines Sonnenkönigs als dem einer guten, solide wirtschaftenden schwäbischen Hausfrau.

Besondere Leistung beim Hochwasser

Wasserwacht zeigte großen Einsatz im Ahrtal

Oliver Renner, Sebastian Horny und Thomas Grimm meldeten sich sofort, als um Psychosoziale Notversorgung der Einsatzkräfte (PSNV-E) gebeten wurde.

Wir finden, das ist etwas Besonderes! Deshalb möchten wir den Mitgliedern der Bodenwöhrer Wasserwacht unsere Anerkennung für ihre Leistungen und ihren Einsatz während der Hochwasserkatastrophe Ende Juli 2021 im Ahrtal in Rheinland-Pfalz aussprechen.

Oliver Renner, Sebastian Horny und Thomas Grimm meldeten sich sofort, als um Psychosoziale Notversorgung der Einsatzkräfte (PSNV-E) gebeten wurde. Als einzige PSNV-E-Einheit der Wasserwacht in Bayern war dies für die drei Bodenwöhrer eine Herausforderung.

Kurz darauf kam der Einsatzbefehl zum Aufbruch in die Eifel. Thomas Grimm sagte später über den Einsatz: „Für die brutale und zerstörerische Verwüstung gibt es keinerlei Worte. So etwas haben wir noch nie gesehen. Es war ein besonderer Einsatz, deren Bilder und Gespräche mit den Betroffenen uns immer in Erinnerung bleiben werden."

Der Einsatz war für die drei Bodenwöhrer eine Herausforderung.

Äußerst schwierige Personalsituation

Der Gemeinde laufen die Mitarbeiter weg

Mit Besorgnis muss man die Personalsituation der Gemeinde Bodenwöhr zur Kenntnis nehmen. Es gab monatelange Personalausfälle wegen Burn out; die Tourismuskraft bat mitten in der Saison im Juli um Auflösung ihres Vertrags.

Unsere Kämmerin Frau Wallner, die zweitwichtigste Führungskraft in einer Gemeinde, wird uns zum 1. Oktober verlassen. Über die näheren Umstände dessen ist der Gemeinderat nicht informiert. Gründe, so die Verlautbarung, seien nicht bekannt. Ob sich der Bürgermeister dafür eingesetzt hat, dass Frau Wallner bei uns bleibt, ist nicht bekannt.

Der Gemeinderat, der bei dieser Personalangelegenheit ein Mitspracherecht hat, wurde nicht informiert. Frau Wallner ist beim Gemeinderat, den Kollegen und den Bürgern äußerst beliebt. Sie zeichnet sich durch überdurchschnittliches Fachwissen aus und wird eine große Lücke hinterlassen.

Ein Bauhofmitarbeiter, dem seine Kollegen höchste Kompetenz bescheinigen, verließ die Gemeinde nach wenigen Monaten und ging zu seinem alten Arbeitgeber zurück.

Gute Mitarbeiter bilden das Rückgrat jeder Gemeinde. In Bodenwöhr ist die Personalsituation derzeit alarmierend.

Grundsätzlich: Wir von der Bürgerliste streben keine Ämter an. Wir sehen uns der Bevölkerung verpflichtet. Entsprechend zeigen wir Verbesserungen auf, beschreiben Vorgänge und rechtfertigen den Bürgern gegenüber unsere Entscheidungen. Wir sind nur drei von 16 Gemeinderäten und können daher keine Entscheidungen maßgeblich beeinflussen. Der Versuch, uns für alles verantwortlich zu machen, was nicht läuft, ist absurd.

Wie immer sind unsere Aussagen schriftlich belegbar. Jeder Bürger hat die Möglichkeit, selbst zu bewerten, ob wir richtig oder falsch handeln. Jeder kann selbst entscheiden, ob das gläserne Rathaus existiert oder nicht. Wir möchten die Bevölkerung so weit wie möglich einbinden, vor allem, wenn deren Lebensraum unmittelbar betroffen ist.

Im Internet unter www.bl-bodenwoehr.de können Sie unseren Standpunkt zu wichtigen Themen der Vergangenheit nachlesen.

Als Bodenwöhr noch eine Piazza hatte...

... war das nicht schön? Vielleicht kommt‘s wieder!

Der Gasthof Schießl ist vor der Zerstörung gerettet. Nach wie vor gehört er nicht der Gemeinde, doch vielleicht kann man dort einmal wieder ein kühles Bier auf Bodenwöhrs Piazza genießen.

Ein harter Weg liegt hinter der Bürgerliste. Wir waren vielen Anfeindungen ausgesetzt, weil alle anderen Fraktionen, die Investoren und ganz besonders Bürgermeister Hoffmann unbedingt den Gasthof, die jetzige Eisdiele und die Bäckerei abreißen wollten.

Der Bürgermeister selbst entwarf ein Rundschreiben mit einem Betonklotz, der bei der jetzigen Eisdiele hätte entstehen sollen. Alle bisherigen Gebäude sollten Zweckbauten im Ortskern weichen. Eine beispiellose Zerstörung von Kulturgut war das Ziel.

Mit Hilfe der Behörden und dem enormen Einsatz der Bürgerliste, unserer Rechtsanwälte, die wir selbst bezahlten, sowie des Bürgermeisterkandidaten Hubert Süß, der noch so manchen Kniff aus seiner beruflichen Tätigkeit kannte, haben wir das scheinbar Unmögliche geschafft. Georg Hoffmann musste letztlich dazu gezwungen werden, dass jetzige Verfahren einzuleiten.

Es werden siebenstellige Beträge nach Bodenwöhr fließen, weil die Behörden den Antrag der Bürgerliste auf Erhalt des Gasthofs Schießl unterstützen.

Es scheint, als seien unsere Bemühungen von Erfolg gekrönt. Vorerst ist aber nur der Wahnsinn der Zerstörung gestoppt. Das Gebäude gehört nach wie vor nicht der Gemeinde.

Phantasieren darf man aber schon: Man stelle sich vor, dass neben der stark besuchten Eisdiele der Gasthof Schießl wieder mit Tischen zum Verweilen einlädt. Dass man in der Abendsonne ein kühles Bier genießen und dem Treiben auf der Piazza zusehen kann.

Nicht wenige Bürger, die noch vor drei Jahren von „altem G‘raffel“ gesprochen haben, welches abgerissen gehört, loben uns heute für unsere Standfestigkeit und freuen sich, wenn der Gasthof Schießl erhalten bleibt.

Ein Ausblick auf Bodenwöhrs Entwicklung

Die Stärken unserer Gemeinde fördern – Tourismus beflügelt Einzelhandel und Nahversorgung

Wie jede Kommune hat Bodenwöhr Stärken und Schwächen. Die größte Stärke unserer Gemeinde dürfte die Landschaft sein.

Beliebtes Ausflugsziel

Dass Bodenwöhr als touristisches Ziel anerkannt wird, zeigte die Coronakrise. Wer sich in den letzten Monaten an Sonntagen im Ortskern aufhielt, konnte feststellen, dass viele Ausflügler den Weg zu uns fanden, obwohl die Gaststätten geschlossen waren.

Welcher Ort im Landkreis und auch in den umliegenden Landkreisen hat im Ortskern einen großen See? Welcher Ort im Landkreis in der Größe Bodenwöhrs verfügt über derart vielseitige Gastronomie? Wie viele Orte in der Größe Bodenwöhrs haben einen so reichhaltigen und spannenden geschichtlichen Hintergrund? Welcher Ort kann noch eine erfolgreiche Brauerei in seinem Ortskern vorweisen?

Wir müssen uns auf unsere touristischen Stärken besinnen. Natürlich würden wir auch gerne einen großen Gewerbebetrieb ansiedeln, aber da sind uns die „autobahnnäheren“ Kommunen voraus.

Kleine Betriebe unterstützen

Wir müssen die kleineren Gewerbetreibenden anlocken und die bestehenden unterstützen, anstatt sie zu vertreiben. Die „falsche“ Parteizugehörigkeit darf kein Investitionshindernis sein.

Wir müssen bestehende Geschäfte erhalten und fördern. Ein Zerstören der Einzelhandelsstruktur im Ortskern, wie es vor drei Jahren schon beschlossen war, darf nicht noch einmal vorkommen.

Es muss uns klar sein, dass die Touristen ohne intakte Landschaft, ohne intakten See und ohne ein ansprechendes Ortsbild ausbleiben. Der Einzelhandel und die Gastronomie hängen unmittelbar daran. Dies gilt für die Ortsteile genauso wie für den Kernort.

Tourismus bringt Gäste, Gäste lassen den Einzelhandel blühen und Einzelhandel steigert durch die Nahversorgung unser aller Lebensqualität.

Feste – hier das Bürgerfest – machen Bodenwöhr für Touristen und Ausflügler attraktiv.
Archivbild: Ingrid Schieder

Impressum

Bürgerliste Bodenwöhr

Alois Feldmeier
Fraktionsvorsitzenderder BLB
Buchbergerstraße 18
92439 Bodenwöhr
E-Mail: kontakt@bl-bodenwoehr.de
Fraktionmitglieder Kurt Pöll, Alfred Brosig

Auflage: 2.500 Exemplare || Druck: www.flyeralarm.de